

## **Historischer Hintergrund**

Die planmäßige Entziehung von Vermögenswerten war 1938 bis 1945 Teil der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik in Österreich.

Eine bürokratisch organisierte und aufgrund diskriminierender Gesetze vollzogene Vermögensentziehung betraf vor allem Menschen, die im NS-Staat als Jüdinnen oder Juden galten. Ihre sukzessive Beraubung begann mit der staatlich verordneten Vermögensdeklaration 1938 und setzte sich in Zwangsverkäufen („Arisierungen“) fort. Sie endete nach der Deportation der Betroffenen in Konzentrationslager in vielen Fällen mit dem Vermögensverfall an den NS-Staat.

Aber auch andere Verfolgte des NS-Regimes erlitten materielle Verluste, etwa durch staatliche Beschlagnahmen oder Berufsverbote.